



Mit dem „Gesetz zur Therapie und Unterbringung psychisch gestörter Gewalttäter“ soll die rechtliche Grundlage geschaffen werden, um diejenigen Altfälle unterzubringen, die nach dem Urteilsspruch des Menschenrechtsgerichtshofs auf Freilassung geklagt haben oder noch klagen können. Dabei handelt es sich um etwa 100 Sicherungsverwahrte, die unverändert als gefährlich gelten“, erklärte der Innenpolitiker und Böblinger Abgeordnete Clemens Binninger.

PRESSEMITTEILUNGEN:



Thomas Strobl zu Walter Sittler:

„Der Anti-S-21-Aktivist besitzt ein mangelndes Demokratieverständnis“ (25.10.2010)

In der ZDF-Sendung ‚Markus Lanz‘ hat Walter Sittler, einer der führenden Aktivisten gegen das Infrastrukturprojekt Stuttgart 21, den Wählerinnen und Wählern in Baden-Württemberg den Fehler vorgeworfen, seit über 50 Jahren eine Regierungsbeteiligung der CDU ermöglicht zu haben.



(Sein Vater war Nazi-Funktionär und arbeitete für Reichspropagandaminister Joseph Goebbels: Walter Sittler, Propagandist der S21-Bewegung)

Dazu erklärt Thomas Strobl MdB, Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg:

„Das Demokratieverständnis, das Vertreterinnen und Vertreter der Anti-S21-Bewegung zur Schau stellen, ist ausgesprochen bemerkenswert. Nicht nur, dass sie die Rechtmäßigkeit demokratisch gefasster Entscheidungen bezweifeln und bestreiten und ein vermeintlich höheres Recht für sich in Anspruch nehmen wollen – jetzt greifen sie auch noch zur Wählerbeschimpfung. Ich kann jedermann nur raten, die Stimme der Wählerschaft mit Demut zur Kenntnis zu nehmen: Die Wählerinnen und Wähler sind der Souverän. Es steht niemandem an, die Wählerinnen und Wähler für ihre Entscheidungen zu kritisieren. Tatsächlich entlarvt sich Sittler mit dieser Äußerung als das, was er ist: jemand, der in Wahrheit mit unserer Demokratie nichts am Hut hat.“

Thomas Strobl begrüßt Konstituierung der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“:

Anlässlich des Berichtes von Staatsminister Neumann im Ausschuss für Kultur und Medien zur Konstituierung der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung erklären der kultur- und medienpolitische Sprecher